

Aufforderung an die Landesregierung zur Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen

Der Rat der Stadt Nideggen bittet die Regierung des Landes Nordrhein-Westfalen, eine Änderung des § 8 Kommunalabgabengesetz NRW herbeizuführen mit dem Ziel der Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen für Anlieger.

Begründung:

Wie viele andere Kommunen in NRW steht auch die Stadt Nideggen vor der Herausforderung, in den kommenden Jahren eine Vielzahl von in den 1960er und 1970er-Jahren hergestellten Straßen neu ausbauen zu müssen. Hierfür sieht die aktuelle Regelung im Kommunalabgabengesetz das Erfordernis vor, über Satzungsrecht von Anliegern Straßenausbaubeiträge zu erheben. Die Höhe der Beitragssätze ist dabei unter Beachtung der bekanntermaßen finanziell eingeschränkten Handlungsspielräume der meisten nordrhein-westfälischen Kommunen festzulegen.

Die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen ist seit vielen Jahren ein höchst strittig diskutiertes Thema, mit dem sich auch der Landesgesetzgeber wiederholt auseinander gesetzt hat. Straßenausbaubeiträge belasten Anlieger oftmals ohne einen für diese erkennbaren, gesteigerten Verkehrswertnutzen ihrer Grundstücke. Daneben wird die Wahrung des Gleichheitsgrundsatzes hinterfragt, wenn einzelne Straßen unterschiedlich oder gar nicht (Kreis-, Landstraßen) belastet werden. In der öffentlichen Diskussion ist die aktuelle NRW-Gesetzeslage daher nur schwer vermittelbar. Die in den Bundesländern in der Systematik höchst unterschiedlich durchgeführten Veranlagungspraktiken - bis hin zur völligen Nichtveranlagung von Anliegern - stoßen auf Unverständnis und führen zu zahlreichem Unmut.

Die Stadt Nideggen erfährt in diesen Wochen durch öffentlich ausgetragenen Protest, dass die Bürgerinnen und Bürger mit der bestehenden Veranlagungspflicht nicht einverstanden sind. Der Stadtrat sieht sich als Interessenverwalter der Bürger/-innen und wendet sich deshalb mit der eindringlichen Bitte an die Landesregierung, die Möglichkeit zur Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen ernsthaft zu prüfen und alternative Finanzierungsmöglichkeiten mit geringerer Bürgerbelastung aufzuzeigen.